

Bildung gegen Rechts

Zum Wandel sozial- und schulpädagogischer Disziplinierungsweisen seit den 1990er Jahren

Was tun? Die Frage des Umgangs mit rechten Bewegungen stellt sich in den letzten Jahren mit großer Dringlichkeit. Dabei wird seit der Wiedervereinigung immer wieder die Bedeutung von Bildung als wirksamstes Mittel im Kampf gegen Rechts hervorgehoben. Über die passenden pädagogischen Ansätze wurde vehement gestritten, das Primat der Bildung aber selbst kaum in Frage gestellt. Anhand des markanten Wandels der Sozialarbeit beziehungsweise sozial- und schulpädagogischer Zugänge seit den 1990er Jahren schildere ich folgend, wie sich das Verständnis von Bildung und die damit bedingte Form der Disziplinierung grundlegend verändert haben – von akzeptierenden hin zu stärker dirigistischen Ansätzen. Parallel dazu rückten um die Jahrtausendwende sicherheitspolitische Ansätze stärker in den Mittelpunkt. Seitdem hat sich im Umgang mit rechten Subkulturen eine Doppelstruktur etabliert: Während die linke Hand des Staates mittels Bildung auf den Weg der ›liberalen Demokratie‹ zu führen versucht, packt dessen rechte Hand mit zunehmender Härte zu, um eine ›wehrhafte Demokratie‹ durchzusetzen.

Hintergrund dieses Artikels ist eine Forschung zu rechten Subkulturen in Ostdeutschland seit den 1970er Jahren (vgl. Wellgraf 2026), weshalb die Beispiele besagten Wandels sich auf ›Rechte im Osten‹ sowie auf den pädagogischen Umgang mit Skinheads und Hooligans fokussieren.¹ Die Forschung umfasste ethnografische, archivalische und diskursanalytische Methoden: Zunächst erforschte ich von 2014 bis 2019 die Fanszene des BFC Dynamo, eines Ost-Berliner Fußballvereins, der seit den späten 1980ern für seine rechtslastige Klientel in die Schlagzeilen geriet. Anschließend sichtete ich umfangreiche Archivbestände, sowohl die Materialien der Sicherheitsbehörden (u. a. im Stasi-Unterlagen-Archiv) als auch Selbstzeugnisse der Skinhead- und Hooligankultur (u. a. im Archiv der Jugendkulturen). Schließlich verfolgte ich die öffentlichen Debatten zum Umgang mit rechter Gewalt, wobei ich neben der pädagogischen Fachliteratur auch einschlägige Medienberichte berücksichtigte. Auf diese Weise kann ich aus mehreren Perspektiven nachvollziehen,

1 Eine weniger stark auf Bildung fokussierte Fassung dieses Textes findet sich im letzten Kapitel meines Buches *Staatsfeinde. Rechte Subkulturen in Ostdeutschland seit den 1970er Jahren* (Wellgraf 2026).

wie stark sich der gesellschaftliche Umgang mit rechten Jugendlichen in den letzten Dekaden geändert hat.

Im Kontext der Wahrnehmung und Rahmung von Rechtsextremismus als Jugendkrise erschienen Bildung und Erziehung nach der Wende als die wirksamsten Maßnahmen gegen rechte Gesinnungen. Die Bildungs- und Jugendpolitik avancierte in diesem Zusammenhang zu einem der zentralen Politikfelder und Debatten um sozialpädagogische Herangehensweisen bestimmten die Diskussion über den richtigen Umgang mit rechter Gewalt. Tatsächlich wurden in der ersten Hälfte der 1990er Jahre sozialpädagogische Konzepte und Ansätze erstmals in großem Stil umgesetzt, die zuvor in den 1980er Jahren in Westdeutschland an den pädagogischen Fachhochschulen entwickelt worden waren (vgl. Kössler/Steuer 2023; Bock et al. 2023). Dabei lassen sich im Umgang mit rechten Gesinnungen ein sozial- und ein schulpädagogischer Zweig voneinander unterscheiden, die indes beide aus heutiger Sicht durch ein großes Maß an Dialogbereitschaft – oder aus Sicht seiner Kritiker:innen durch zu viel Toleranz – gekennzeichnet waren. Das richtige Maß der Akzeptanz, die Grenzen und Möglichkeiten der Intervention, blieben dabei stets umstritten. Auch in der breiten Öffentlichkeit wurden solche sozialpädagogischen Problemstellungen seinerzeit ausführlich diskutiert und die entsprechenden Initiativen mitunter auf aggressive Weise angefeindet. Parallel zu sozialpädagogischen Initiativen entwickelte sich auch innerhalb der Schulpädagogik eine Debatte über den Umgang mit rechten Bewegungen. So drehte sich um die vergangene Jahrtausendwende in beiden Feldern der Wind, denn die seitdem geförderten Bildungsprojekte bevorzugten eine demonstrative Haltung gegen Rechts – einige sprachen in diesem Zusammenhang sogar von einem »kurzen Sommer der Staats-Antifa« (vgl. Schubert 2013; Burschel/Schubert/Wiegel 2013). In Folge dieses Richtungswechsels ergaben sich, wie ich zeigen werde, bald umgekehrte Probleme, die aus einem zu rigiden Umgang mit rechten Jugendlichen resultierten.

In diesem Text blicke ich zunächst auf die kontroversen Diskussionen um akzeptierende Jugendarbeit in den 1990er Jahren zurück, schildere daraufhin anhand des *Civitas*-Programms die um 2000 einsetzende bildungspolitische Neuausrichtung und zeige schließlich am Beispiel des Einsatzes von Rechtsrock im Unterricht, wie es seitdem auch im schulpädagogischen Bereich zu demonstrativeren Grenzziehungen kam. Durch die Art der Darstellung und die Auswahl meines Materials versuche ich den Blick zu wenden und stelle sowohl die weit verbreitete Ablehnung der akzeptierenden Jugendarbeit der 1990er Jahre als auch die gegenwärtigen Zugangsweisen in Frage. In aktuellen Publikationen zu den »Baseballschlägerjahren« – gemeint ist damit im öffentlich-journalistischen Diskurs die verbreitete rechte (Jugend-)Gewalt in Ostdeutschland in den 1990er Jahren – erscheint die Jugendarbeit nicht nur als

hilflose Feuerlöscherin, sondern sogar als unfreiwillige Brandbeschleunigerin (vgl. z. B. Bock et al. 2023). Die damaligen Versäumnisse und Fehleinschätzungen gilt es klar zu benennen; die Projekte gingen mit großem Enthusiasmus, aber teilweise auch mit viel Naivität und falschen Prämissen an rechte Subkulturen heran. Allerdings gab es zu ihnen damals kaum eine Alternative – die Jugendsozialarbeit lag im Osten nach der Schließung der FDJ-Jugendclubs brach und ohne einen vertrauensvollen Kontakt zu den Jugendlichen war auch eine Einflussnahme auf diese nicht möglich (vgl. Buderus 1998). Die seit den 2000er Jahren boomenden Demokratieprojekte begegnen den Jugendlichen hingegen häufig mit einer belehrenden und ablehnenden Haltung. Es gehört zur Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet in einer linken Projektkultur die Soziale Arbeit teilweise explizit abgelehnt und stattdessen ein rigides pädagogisches und ein verstärktes polizeiliches Vorgehen befürwortet wird.

1 An der ›Wurzel‹ Akzeptierende Jugendarbeit mit Skinheads

Im sozialpädagogischen Bereich startete in den frühen 1990er Jahren eine vielbeachtete Initiative zu gewaltorientierten Jugendlichen in Ostdeutschland. Mit dem von Angela Merkel, der damaligen Bundesministerin für Frauen und Jugend, initiierten »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« flossen zwischen 1992 und 1996 insgesamt 100 Millionen DM in Sozialprojekte in den neuen Bundesländern. Mit diesem zunächst üppig klingenden Budget wurde jedoch lediglich ein Teil der durch die Schließung der FDJ-Jugendclubs entstandenen Lücke teilweise gefüllt.

Auf der Suche nach geeigneten sozialpädagogischen Konzepten bot sich der in den 1980er Jahren von Franz-Josef Krafeld (vgl. 1993; Heim et al. 1991) im Umgang mit drogenabhängigen Jugendlichen in Bremen entwickelte Ansatz der ›akzeptierenden Jugendarbeit‹ für eine Übertragung auf weitere ›Problemfälle‹ an. Krafeld, der mit seinen langen, wehenden Haaren auch optisch dem Bild eines westdeutschen 68er-Pädagogen entsprach, wirkte damals als Professor für Soziale Arbeit an der Hochschule Bremen. Er wendete sich mit seinem ›akzeptierenden‹ Ansatz explizit gegen die aus seiner Sicht eher als Feindmarkierung dienende Bezeichnung ›rechtsextremistisch‹; er gehörte somit zu jenen (selbst-)kritischen Linken, denen die antifaschistische Bildungsarbeit der 1980er Jahre als zu belehrend und zu verkopft erschien (vgl. Möller 1989; Dudek 1990). Statt die Jugendlichen lediglich über die Verbrechen des Nationalsozialismus aufzuklären und sich davon eine Bewusstseinsänderung zu versprechen, müsse zunächst eine soziale Beziehung zu ihnen aufgebaut

werden, was wiederum nur dann gelingen könne, wenn man sie als Menschen akzeptiere. Ausgehend von Wilhelm Heitmeyers (1987) Desintegrationsansatz wurden rechte Jugendliche von ihm daher nicht in erster Linie als ›Nazis‹, sondern als ›Modernisierungsverlierer‹ betrachtet. Die sozialarbeiterischen Bemühungen fokussierten sich demnach nicht darauf, rechtes Gedankengut aus ihren Köpfen zu bekommen, sondern sie bei der Problembewältigung im Alltag zu unterstützen. Mit einer besseren Integration in die Gesellschaft war die Hoffnung verbunden, dass damit auch demokratiefeindlichen Gesinnungen der Nährboden entzogen, dass also an den Ursachen statt an den Symptomen der Misere angesetzt würde. In der konkreten Arbeit ging es deshalb vor allem um Themen wie Alkohol- und Drogensucht, Arbeitslosigkeit oder Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche, zudem sollten den Jugendlichen Räume zur Verfügung gestellt und ihre Gruppenstrukturen gestärkt werden, um den diagnostizierten Isolationstendenzen entgegenzuwirken.

Ein Beispiel dafür ist der damals vom Aktionsprogramm geförderte Jugendclub Wurzel, der sich in den frühen 1990er Jahren vor allem um Skinheads in Berlin-Marzahn kümmerte. Eine eindrückliche Projektbeschreibung der Wurzel für die Fördergeber in Berlin und Bonn aus dem Jahr 1993 liefert keine glatte Erfolgsbilanz, sondern schildert das von vielen Rückschlägen begleitete ›learning by doing‹ in den frühen 1990ern (vgl. Wiczorek 1993). In Marzahn hatten die Sozialarbeiter:innen zunächst eine Gruppe von Skinheads, darunter auch mehrere Skingirls, an einem Imbiss kennengelernt und ihnen danach erstmal ein Vitaminfrühstück im Jugendclub angeboten. Allmählich fassten die Jugendlichen Vertrauen und übernahmen, organisiert über den Clubrat, auch selbst Verantwortung für diesen Ort. Neben sozialer Unterstützung gab es sportliche und kreative Angebote, etwa Fußballturniere und Videoprojekte. Auch Musik wurde gemacht, die entstehenden Rockbands trugen Titel wie Preußensäue und Bierpatrioten. Im Zwischenbericht für den Förderantrag wird nicht weiter darauf eingegangen, doch da sich im Judith-Auer-Club in Berlin-Lichtenberg, in dem ebenfalls der akzeptierende Ansatz zum Einsatz kam, etwa zeitgleich die später bekannte Nazi-Band Landser formierte, lässt sich die sozialpädagogische Unterstützung von solchen Bandgründungen im Nachhinein als eine Starthilfe für den Boom des Rechtsrocks in den 1990er Jahren sehen. Diese Musikrichtung spielte auf Konzerten und Partys in der Wurzel, die an Samstagabenden regelmäßig 150–200 junge Besucher:innen anzogen, eine herausgehobene Rolle.

Auch die Sozialarbeiter:innen in der Wurzel orientierten sich damals am Modell der akzeptierenden Jugendarbeit: »Wir wollten nicht belehren, nicht auf jede Provokation sogleich anspringen und auch nicht mit moralisch erhobenem belehrendem Zeigefinger reagieren. Wir haben uns demgegenüber bewußt für einen Ansatz entschieden, der auf

Partizipation, Selbstverwaltung und -organisation abzielte« (Wieczorek 1993). Der bereits erwähnten Desintegrationsthese des Soziologen Wilhelm Heitmeyer folgend, ging es in der Wurzel vor allem darum, den Heranwachsenden eine feste Struktur zu geben. Der Wochenplan des Jugendclubs sah Anfang der 1990er dementsprechend wie folgt aus: Montag: Ämterbesuche; Dienstag: Vollversammlung; Mittwoch: Sport (Tischtennis, Fußball); Donnerstag: Musik; Freitag: Disco im Judith-Auer-Club in Lichtenberg oder im Coca-Club in Friedrichshain; Samstag: Außenaktivitäten, abends Disco in der Wurzel; Sonntag: Außenaktivitäten, Fußball. Der Selbstbeschreibung nach wurde mithilfe des Projekts der »Teufelskreis aus Frusterfahrungen durchbrochen« und somit der »Nährboden für rechtsextreme Gesinnungen und gewaltbereite Verhaltensweisen« entzogen (ebd.). Viele Jugendliche wurden demnach beim Herauswachsen aus der Skinheadszone begleitet, sie fanden Ausbildungsplätze und gründeten Familien. Die Gewalt in der Umgebung sei daraufhin deutlich zurückgegangen, laut den im Projektbericht aufgeführten Polizeiangaben um etwa 80 Prozent (vgl. ebd.).

Die sozialpädagogische Arbeit muss man sich, dem Bericht zufolge, als einen ständigen Drahtseilakt zwischen widersprüchlichen Handlungsanforderungen vorstellen. Ein Grund dafür waren die prekären Lebensbedingungen in der Nachwendezeit und der damit häufig einhergehende Alkoholkonsum. Die in der Wurzel betreuten Jugendlichen waren zu großen Teilen arbeitslos, dazu teilweise auch obdachlos gewesen. Nicht wenige von ihnen waren in kriminelle Aktivitäten verstrickt, einer starb bei einer »Spritztour« mit einem gestohlenen Auto, andere landeten im Gefängnis. Ein weiterer Grund war die rechtsradikale Mobilisierung jener Zeit und die dadurch bedingten politischen Auseinandersetzungen. Einige Jugendliche nahmen zeitweise an neonazistischen Schulungen der Nationalen Alternative (NA) in der Weitlingstraße teil und sympathisierten zunächst mit den Angreifern von Rostock-Lichtenhagen. Doch die Nazi-Schulungen wurden ihnen bald zu langweilig und die Mordanschläge von Mölln und Solingen führten schließlich innerhalb der Klientel der Wurzel zu einer Distanzierung von rechter Gewalt. Als die Wurzel nach einem Brandanschlag von linksautonomer Seite in Flammen aufging, überlebten drei zufällig dort übernachtende Jugendliche dem Bericht nach nur mit Glück (vgl. ebd.).

Der Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit – wie in der Wurzel praktiziert – avancierte in den frühen 1990er Jahren zum pädagogischen Leitmotiv vieler Projekte, die im Rahmen des »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« gefördert wurden, was bald eine vehemente, auch medial stark rezipierte Auseinandersetzung mit diesem Konzept der Sozialen Arbeit zur Folge hatte. Die Pädagogisierung der rechten Frage war dabei keineswegs unumstritten. So beklagte Henryk M. Broder im Jahr 1994 eine »Diktatur der Sozialarbeiter«, seiner Ansicht nach hätten in

der Bundesrepublik seit den 1980er Jahren »die Sozialarbeiter das Sagen« und würden »den Kurs der öffentlichen Debatten« festlegen (Broder 1994: 131). Unter dem Stichwort der »Sozialpädagogisierung« wurde der zugewandte Gestus gegenüber Gewalttätern und unter dem Stichwort der »Entpolitisierung« die mangelnde Auseinandersetzung mit rechten Ideologien kritisiert. Vor allem die Erziehungswissenschaftlerin Birgit Rommelspacher monierte eine täterfokussierte Herangehensweise, die die Jugendlichen eher noch bestärke und zudem einseitig auf männliche Jugendliche ausgerichtet sei (vgl. Rommelspacher 1993). Der pädagogische Fokus auf Strukturen und die Bereitstellung von Räumlichkeiten festige rechte Gruppierungen und biete ihnen Rückzugsorte an. Daneben richtete sich die Kritik auf die konkrete Umsetzung, die unreflektierte Übertragung von Konzepten aus der Drogenarbeit in Bremen auf Ostdeutschland, wo Skinheads jugendkulturell tonangebend seien und es an gut ausgebildetem sozialpädagogischem Personal mangle. Als sich herausstellte, dass vereinzelt Personen mit rechtem Szenehintergrund in den neuen Projekten angestellt waren, wurden vonseiten des Ministeriums verschärfte Richtlinien formuliert. In den sozialpädagogischen und medialen Diskussionen standen sich damals zwei Lager diametral gegenüber: Während die einen unter dem Motto »Keine Toleranz für Intoleranz« die Türen für rechte Jugendliche verschließen wollten, argumentierte die andere Seite »Man muss die Jugendlichen dort abholen, wo sie stehen«, um den Einfluss auf die Heranwachsenden nicht zu verlieren. In dieser Kontroverse zeichneten sich zugleich zwei rivalisierende Verständnisse von Disziplinierung ab: auf der einen Seite ein verstehender und subjektorientierter Modus, auf der anderen ein stärker regelorientierter und sanktionierender Modus.

2 Mediendebatten über »Glatzenpflege auf Staatskosten«

Die mediale Berichterstattung über die sozialpädagogische Offensive im Osten war indes überwiegend negativ. Den Ton setzte im August 1993 ein Artikel von Frank Drieschner (1993) in der *ZEIT*: »Glatzenpflege auf Staatskosten«. Darin werden die mit dem Aktionsprogramm verbundenen 20 Millionen DM jährlich als warmer Geldregen für Skinheads, als staatliche Belohnung für Gewalt dargestellt. In politisch linksorientierten Medien fiel die Ablehnung noch heftiger aus: Im *Freitag* wurde schon im Herbst 1992 »eine düstere Zwischenbilanz« gezogen, in der *taz* von einer »Extrawurst für Rechte« gesprochen (Fromm/Leif 1992; Rogalla 1994). In der *Jungen Welt* war von »aussichtsloser Sozialdoktorei« sowie der »Förderung faschistischer Strukturen« die Rede (Neuß 1998),

und im *Marabo* hieß es unmissverständlich: »Die kahlen Kids sind immun gegen pädagogische Experimente. Allein die Polizei kann auf Erfolg verweisen« (Laurin/Czemerer 2000). Die Kritik kam jedoch nicht nur von außen, auch innerhalb der Sozialen Arbeit fand eine selbstkritische Auseinandersetzung statt.

Ein 1998 erschienenes Buch von Andreas Buderus, in dem das kurz zuvor ausgelaufene Aktionsprogramm kritisch resümiert wird, trug einen ähnlichen Titel: *Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten*. Buderus war in den Jahren zuvor in Projekten der akzeptierenden Jugendarbeit aktiv gewesen. Er lehnte diesen Ansatz nicht grundsätzlich ab, wusste vielmehr auch vom positiven Einfluss auf viele Jugendliche zu berichten. Seine Kritik richtete sich eher auf die politische Instrumentalisierung der Sozialen Arbeit, durch die zugleich von gesellschaftspolitischen Problemen abgelenkt würde. Demnach seien die Projekte eher als öffentlichkeitswirksame Zugeständnisse zu verstehen gewesen, mit denen nach der rassistischen Anschlagsserie der frühen 1990er signalisiert werden sollte, die Politik tue etwas. Doch weder sei die damalige CDU/FDP-Regierung an einer grundlegenden Auseinandersetzung mit den Ursachen rechter Gewalt interessiert gewesen, noch habe man den Willen gezeigt, tatsächlich längerfristige Strukturen der Sozialen Arbeit aufzubauen. Bei aller Kritik an den daraus bedingten Problemen verteidigte Buderus grundsätzlich die Notwendigkeit einer offenen Jugendarbeit und warnte davor, dass repressive Maßnahmen die Lage noch verschlimmern würden. Der im Jahr 1999 erschienene Sammelband *Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen* (Kirschnick 1999) kann dagegen als eine Generalabrechnung mit der akzeptierenden Jugendarbeit gelesen werden. In einem polemischen Tonfall heißt es gleich zu Beginn: »Akzeptierende Sozialarbeit heißt in Deutschland, die Täter von Rostock, Mölln, Solingen, Magdeburg, Hoyerswerda... – diejenigen, die aus rassistischen Motiven Feuer legen und zuschlagen und alle, die dazu applaudieren, es verharmlosen – praktisch überall so zu akzeptieren, wie sie sind und sie so in die Gesellschaft zu integrieren« (Weber 1999: 15). Die Instrumente der offenen und akzeptierenden Jugendarbeit seien inadäquat für den Umgang mit rechten Jugendlichen; gefordert wurde stattdessen eine klare antifaschistische Haltung, eine unmissverständliche Abgrenzung von rechten Gesinnungen sowie bildungspolitische Anstrengungen, um im verrohten, noch von Autorität und Konformismus geprägten Osten überhaupt erst eine demokratische Kultur und einen Respekt für grundlegende humanistische Werte zu vermitteln (Weber 1999).

Wie heftig am Ende der 1990er Jahre in der Sozialen Arbeit um den richtigen Umgang mit rechten Jugendlichen gerungen wurde, zeigt sich auch in einem Diskussionsforum der Fachzeitschrift *Sozial Extra*, das eine öffentliche Diskussionsveranstaltung in Potsdam dokumentierte (vgl.

Sozial Extra 2000). Neben dem erwähnten Andreas Buderus, dem wohl eine Mittelposition zugeordnet war, trafen dort mit Titus Simon und Jürgen Elsässer zwei antagonistische Positionen aufeinander. Simon hatte als Professor an der Fachhochschule Magdeburg den Ruf eines Befürworters von offener Jugendarbeit. Der *Konkret*-Redakteur Jürgen Elsässer galt seinerzeit als kompromissloser Vertreter des antideutschen Flügels der Antifa – später wechselte er ins rechte Lager und gründete das Magazin *Compact*. Simon beklagte sich, dass die Sozialprojekte »sturmreif geschossen« würden, zwar seien Grenzziehungen nötig, doch gebe es zu offener Jugendarbeit letztlich »keine Alternative« (ebd.: 28f.). Elsässer hielt dagegen, es handle sich bei diesem »Gesindel« schließlich »um Nazis und ihre Helfershelfer«. Er forderte »Schluss mit Verständnis und Toleranz« und plädierte für eine harte, repressive Linie, die auch vor Gewalt gegen »Faschisten« nicht mehr zurückschrecke (ebd.: 29). Eine Frau im Publikum sprang ihm zur Seite und forderte die anwesenden Sozialarbeiter:innen auf, »im Zweifelsfall mal zurückzuschlagen« (ebd.: 32).

Manche der insgesamt rund 150 geförderten Sozialprojekte wurden nach dem Auslaufen des Aktionsprogramms 1996 nicht weitergeführt, andere fanden – wie die Wurzel – eine neue Finanzierungsmöglichkeit. Auch wenn sich heute kaum noch auf die akzeptierende Jugendarbeit bezogen wird, arbeiten viele Jugendclubs meinen Recherchen nach implizit weiterhin mit ähnlichen Ansätzen.

3 Civitas. Der kurze Sommer der Staats-Antifa

Etwa seit der Jahrtausendwende entwickelte sich eine neue Umgangsweise mit rechten Subkulturen, bei der zum einen die strafrechtlichen Schrauben stärker angezogen und zum anderen die Art der pädagogischen Ansprache deutlich konfrontativer wurde. Andere pädagogische Schlagworte etablierten sich, statt auf ›Akzeptanz‹ und ›Anerkennung‹ zu setzen, wurde nun hervorgehoben, wie wichtig es sei, politische ›Haltung‹ zu zeigen und klare ›Grenzen‹ zu setzen. Dies ging einher mit einer Kräfteverschiebung innerhalb des sozialpädagogischen Feldes. In diesem war die pädagogische Öffnung zu rechten Jugendlichen, wie erwähnt, bereits seit den 1980ern hoch umstritten gewesen. Nachdem die akzeptierende Jugendarbeit öffentlich in Misskredit geraten war, gewann nun die Gegenposition wieder die Oberhand. Gefordert wurde fortan ein ›hartes Durchgreifen‹, eine ›konfrontative‹ statt einer angeblich ›verweichlichten‹ Pädagogik (Weidner/Kilb 2010). Populäre Sachbücher wie *Lob der Disziplin* von Bernhard Bueb (2006) und *Das Ende der Geduld* von Kerstin Heisig (2010) stehen für diese in den frühen 2000ern einsetzende pädagogische Apologetik der Härte.

Auch politisch änderte sich der Wind, denn mit der SPD und den Grünen regierten seit 1998 zwei Parteien, die zuvor das von Angela Merkel initiierte »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« scharf kritisiert hatten. Das Pendel der Projektförderungen schlug nun folglich in die andere Richtung aus. Gefördert von der Bundeszentrale für Politische Bildung startete das neue Jahrtausend aus pädagogischer Sicht mit einem »kurzen Sommer der Staats-Antifa« (Schubert 2013; Burschel/Schubert/Wiegel 2013). Die neuen »Projekte« waren deutlich offensiver ausgerichtet als die alten »Programme«, sie zielten aktiv auf eine Gestaltung des politischen Gemeinwesens. Sie wandten sich nicht nur gegen etwas, sondern standen für etwas – sie wollten nicht allein Gewalt verhindern, sondern den demokratischen Gemeinsinn aktiv fördern. Die Bundesregierung versuchte mit den neuen »Projekten« also durch steuernde Maßnahmen die Mentalität der Bevölkerung in einem gewünschten Sinne zu modellieren.

Michel Foucault erfasste solche Regierungstechniken mit seinem Begriff der *Gouvernementalität* (Foucault 2006). Foucault markierte mit dem Begriff einen historischen Wandel politischer Herrschaftslogiken seit dem späten 18. Jahrhundert, in dessen Verlauf die Selbstmodellierung der Subjekte in den Fokus politischer Steuerung rückte. Wie Ulrich Bröckling (2005: 366, vgl. auch 2007) bemerkte, handelte es sich bei dem seit den 1990er Jahre verbreitenden Projektvokabular um eine neue *gouvernementale* Herrschaftstechnik, um ein »Regieren als Projektmanagement im doppelten Sinn: governing projects und governing by projects zugleich.« Im Rahmen dieser Regierungslogik zeichnete sich wiederum um die Jahrtausendwende im Umgang mit rechten Gesinnungen eine stärkere Fokussierung auf Demokratiebildungsprojekte ab, was mit einer Stärkung autoritär-erzieherischer Ansprachen und polizeilich-sanktionierender Ansprüche einherging. Die Gewichte im Einsatz staatlicher Disziplinierungsweisen haben sich somit deutlich verschoben – und zwar in Richtung einer stärkeren Bevormundung und Überwachung.

Unter den zahlreichen Projekten gegen Rechts, durch die und mit denen seitdem regiert wird, nahm das 2001 gestartete Projekt *Civitas* eine politische Steuerungsfunktion ein. Es handelte sich dabei um eine im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelte »Initiative gegen Rechtsextremismus in den Neuen Bundesländern« – also gewissermaßen um das Nachfolgemodell von Merkels »Aktionsprogramm« gegen rechte Gewalt im Osten aus den 1990ern. Mit dieser Förderinitiative verschob sich der Fokus auf zivilgesellschaftliche Initiativen und Vorhaben der politischen Bildung. Laut Programmbeschreibung wurden damit »zivilgesellschaftliches Engagement und demokratische Prozesse« gefördert, mit denen »eine demokratische, gemeinwesenorientierte Kultur in den neuen Bundesländern entwickelt werden« sollte, die sich wiederum »dezidiert gegen eine Ideologie der

Ungleichwertigkeit von Menschen abgrenzt« (BMFSFJ 2003: 5). Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte zuvor zu einem »Aufstand der Anständigen« gegen Rechtsextremismus aufgerufen. Der Appell an die individuelle Moral verschob die politische Semantik in Richtung eines stärker moralisierenden Vokabulars, das sich zugleich in eine Logik der neoliberalen Individualisierung einpassen ließ. Statt die Ursachen des Rechtsdrifts der Jugend in Ostdeutschland anzugehen, sollten nun vorrangig die Gegenkräfte mobilisiert werden. Dies wurde vor allem im sozialpädagogischen Feld als ein spürbarer Paradigmenwechsel wahrgenommen – weg von der Täterorientierung der 1990er Jahre hin zu den Betroffenen und denjenigen, die aktiv gegen rechte Gewalt vorgehen (vgl. Burschel/Schubert/Wiegel 2013). Es handelte sich somit auch um eine Förderung des politischen Aktivismus.

Dabei wurden auch viele Programme gefördert, die in den Jahren zuvor aus antifaschistischen Initiativen hervorgegangen waren (vgl. ebd.). Statt auf Soziale Arbeit und pädagogische Öffnung setzte man nun auf Zivilcourage und Demokratiebildung, was auch mit einem Wandel des ausführenden Personals einherging. Die Trägergruppen der neuen Formate waren akademischer und aktivistischer ausgerichtet, ihre Tätigkeitsfelder umfassten Vernetzung, Monitoring, Wissensvermittlung, Sensibilisierung und Politikberatung. Allerdings fehlte ihnen häufig der Draht zu Jugendlichen, stattdessen dominierte in einigen Projekten bald wieder jener belehrende Gestus, den die Vertreter:innen der akzeptierenden Jugendarbeit einst als wenig zielführend kritisiert hatten. Anstelle des Vorwurfs, zu offen für rechte Jugendliche zu sein, zeigte sich nun umgekehrt das Problem einer ausschließenden Umgangsweise. So heißt es in einem *ZEIT*-Artikel im Jahr 2006 über die neu entstandenen Formate: »Schon der Versuch, mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Kontakt zu kommen, ist unter den mobilen Beratungsteams jedoch umstritten. In Berlin zum Beispiel rät die Mobile Beratung Jugendclubs dazu, rechtsextreme Cliques vor die Tür zu setzen. Der Rausschmiss wurde damit quasi zur zivilgesellschaftlichen Strategie erkoren. Selbst 14- und 15-jährige Jugendliche wurden als gefährliche Neonazi-Kader eingestuft« (Seils 2006).

Die systematische Förderung der hier erwähnten Mobilen Beratungen gehörte zu den Grundanliegen des *Civitas*-Programms. War der Jugendclub das typische Format des »Aktionsprogramms« der 1990er Jahre, so wurden in den 2000ern Beratungsstellen besonders gefördert. Diese hatten sich bereits in den Jahren zuvor in Ostdeutschland, vor allem in Brandenburg, aus lokalen Antifa-Gruppen und Opfer-Beratungsstellen heraus entwickelt. Im Zuge der neuen Förderrichtlinien konnten sie seit den 2000ern eine gut ausgebaute Infrastruktur aufbauen. Das war ein wichtiger Schritt, da der staatliche Umgang mit den Opfern rechter Gewalt nicht nur große Defizite aufwies, sondern lange von behördlicher

Ignoranz, offener Missachtung und im Fall der NSU-Morde sogar von Schuldzuweisungen in Richtung migrantischer Milieus geprägt war. In den neu entstandenen Projekten wandte man sich nun teilweise explizit gegen Ansätze der akzeptierenden Sozialen Arbeit, ihren unmittelbaren Konkurrenten um Fördermittel. In polemischer Zuspitzung stellten sie immer wieder die Frage, ob staatliche Gelder lieber ›für Nazis‹ oder ›für die Opfer‹ rechter Gewalt verwendet werden sollten. Der vermeintlichen Kumpanei der »Nationalsozialarbeiter« setzten sie eine »Hilfe zur Selbsthilfe für antifaschistische Akteure« (Klose 2013: 17) entgegen.

Jedoch sollte nicht unerwähnt bleiben, dass der Wettkampf mit der Jugendsozialarbeit um die Gunst der Fördergeber unter ungleichen Bedingungen stattfand und immer noch stattfindet, denn zu den Hauptaufgaben der neuen Projekte zählten die zivilgesellschaftliche Vernetzung und ein Fokus auf bildungspolitische Interventionen. Dass die hier versammelten, stärker akademisch ausgerichteten Aktivist:innen einen besseren Draht zur institutionellen Politik aufgebaut haben und dass ihre Positionen auch in der pädagogischen und wissenschaftlichen Fachliteratur mittlerweile dominieren, hat wesentlich damit zu tun, dass sie sich im projektbasierten Arbeiten nicht noch hauptberuflich um die alltagsweltlichen Probleme von Jugendlichen kümmern müssen. Auch wenn die Akteure durch die Konkurrenz um knappe Mittel dazu gedrängt werden – die unterschiedlichen Zugänge sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden: Die Gesellschaft braucht sowohl Bildungs- und Vernetzungsarbeit als auch Soziale Arbeit und Formen der Jugendhilfe, sie braucht sowohl mehr Hilfe für die Opfer rechter Gewalt als auch eine pädagogische Begleitung rechter Jugendlicher. Im Übrigen müssen sich die Ansätze in der praktischen Umsetzung nicht unbedingt widersprechen. So treten beispielsweise die im Fußballbereich aktiven Fanprojekte klar gegen Gewalt ein, und ihre Arbeit kann als Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure sowie demokratischer Kräfte im Fußballkontext verstanden werden (vgl. Glaser/Elverich 2008).

Wie stark sich ungeachtet dessen die Gewichte seit der Jahrtausendwende verschoben haben, zeigte sich, als ich während meiner Feldforschung beim Mobilen Beratungsteam Berlin zum Interview eingeladen war. Dieses galt in der Berliner Landeskommision gegen Gewalt mittlerweile als ›Ankerprojekt‹, stand somit finanziell auf verhältnismäßig stabilen Beinen. Während ich kurz zuvor im hemdsärmelig ausgestatteten Jugendclub Wurzel in Marzahn mit dem Sozialarbeiter auf Barhockern am Tresen gesessen hatte, wurde ich hier durch eine schick ausgebauten Dachgeschossetage im Prenzlauer Berg geführt, wo wir uns am Konferenztisch vor einer großen, prall gefüllten Bücherwand niederließen. Draußen vor den Fenstern tobte während unseres Gesprächs ein mächtiger Schneesturm, aber hier drinnen blieb man vor solchen Stürmen abgeschottet. Mein Gesprächspartner würde nach eigenen Angaben ohnehin

nie mit Rechten reden, diese wahrscheinlich auch nicht mit ihm. Die Bekämpfung rechter Strömungen durch klassische Formen der Jugendsozialarbeit halte er für fehlgeleitet und diese weitgehend für überflüssig, da sich Jugend aus seiner, stark akademisiert und angelesen wirkenden Sicht heute weitgehend im digitalen Raum abspiele – wo die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus zuletzt unter anderem mit einem Projekt gegen Verschwörungstheorien zur Corona-Pandemie aktiv gewesen sei. Zudem habe man auch ein lokales Projekt gegen Rassismus im Fußball angestoßen, bei dem mit entsprechenden Bannern auf dem Fußballplatz Farbe bekannt werden solle. Seine Zielvorstellung für den Berliner Fußball sei es, dort »einen Safe Space wie bei St. Pauli« zu etablieren.

Orientierte sich die Soziale Arbeit der 1990er Jahre am Konzept der ›Akzeptanz‹, so stand in den Bildungs- und Beratungsprojekten der 2000er der Begriff der ›Haltung‹ im Mittelpunkt. Versuchten die Sozialarbeiter:innen früher politische Fragen eher hintenanzustellen, um sich den Zugang zu den Jugendlichen nicht zu versperren, ging die neue Projektarbeit nun von einem stärker normativ begründeten Standpunkt aus, bei dem »die Positionierung gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsvorstellungen« sowie »die positive Bezugnahme auf eine engagierte Zivilgesellschaft und demokratische Kultur« (Bringt/Klare 2019: 324) als unabdingbares Fundament und zugleich als Eintrittsbedingung galten. Gerade durch den Fokus auf Beratung gewann die eigene politische Haltung ein stärkeres Gewicht – in vielen Projekten beinhaltete dies eine explizite und demonstrative antifaschistische Haltung. In diesem Kontext verstand man »Antifaschismus« wiederum als »die konfliktive Durchsetzung der Demokratie gegen ihr Außen« (Lorenz 2023: 52). Waren die rechten Jugendlichen früher als ein auf Abwegen geratener Teil der eigenen Gesellschaft verstanden worden, so wurden sie nun außerhalb des demokratischen Gemeinwesens positioniert. Die Förderung durch Bundesmittel wurde von vielen Aktivist:innen ambivalent betrachtet, zugleich als Bestätigung wie auch als Einhegung der eigenen Arbeit. Statt den ›Kampf gegen Rechts‹ wie früher auf der Straße zu führen, verlagerte sich das Engagement nun auf das Schreiben von Förderanträgen.

Schon während der Rot-Grünen-Regierungszeit deuteten sich in den frühen 2000ern Spannungen in der Frage an, wie weit die antifaschistische Haltung gehen solle. Doch spätestens nach dem neuerlichen Wechsel der politischen Führung 2005, bei dem ausgerechnet die einstige Kontrahentin Angela Merkel zur Kanzlerin aufstieg, schaute die Politik deutlich skeptischer auf die mittlerweile entstandene Projektlandschaft. Der ›kurze Sommer der Staats-Antifa‹ war nun endgültig vorüber, doch der Schwenk zur projektförmigen Bildungsarbeit im Kampf gegen Rechts – zu Demokratiebildung unter Bekenntnisdruck – hatte sich mittlerweile parteiübergreifend durchgesetzt. Nach dem Auslaufen

des *Civitas*-Programms wurden im Rahmen der neuen Förderlinie »kompetent. für Demokratie« die Strukturen der mobilen Beratungen auf den Westen Deutschlands übertragen und zugleich formale Bekenntnisse zur demokratischen Ordnung verlangt sowie die Arbeit durch eine neu eingerichtete Koordinierungsstelle stärker kontrolliert. Ein 2014 veröffentlichter Sammelband mit dem Titel »*Der Sommer ist vorbei...*« behandelt die im Untertitel benannte Entwicklung *Vom »Aufstand der Anständigen« zur »Extremismus-Klausel«* (Burschel/Schubert/Wiegel 2013) aus einer (selbst)kritischen Perspektive. Darin wird gezeigt, wie sich zunächst vor allem in Berlin Anfang der 2000er eine entsprechende Projektszene bildete, diese jedoch durch die Abhängigkeit von staatlichen Fördermitteln auch erpressbar und in der Folgezeit immer stärker eingehegt wurde. Die in den 2010er Jahren verlangten »Demokratieerklärungen« sah man als verkappte »Extremismusklauseln« an, mit deren Hilfe in der Bundesrepublik in den 1970er Jahren marxistische Positionen delegitimiert wurden. Dass der CDU-Bundeskanzler Friedrich Merz kurz nach seinem Machtantritt im Jahr 2025 Forderungen der AfD übernahm und die »politische Neutralität staatliche geförderter Organisationen« in Frage stellte, deutet darauf hin, dass sich der politische Wind bald noch stärker nach rechts drehen könnte.²

In den seit den 2000er Jahren verstärkt geförderten Projekten wurde vor allem auf Prävention durch Bildung gesetzt, allerdings handelte es sich dabei um eine spezifische Form des vorbeugenden pädagogischen Handelns. Gefördert wurden vor allem Projekte zu Zivilcourage und Demokratiebildung. Da der Schwerpunkt der Förderlinie zunächst auf Ostdeutschland lag, stand dahinter unweigerlich die Annahme, dass es besonders dort an öffentlichem Gemeinsinn und an Demokratiebewusstsein mangle. Indirekt wurde damit an die Diagnosen der Autoritarismusforschung der 1990er Jahre angeschlossen, die den Osten Deutschlands noch in vordemokratischen Strukturen verhaftet sahen und seine Bürger:innen auf einer niedrigeren zivilisatorischen Stufe verorteten. Dazu passt es, dass – wie Nitzan Shoshan (vgl. 2016) gezeigt hat – rechtsradikale Fußballanhänger in Ost-Berlin Anfang der 2000er Jahre im Rahmen ihrer Bewährungsunterlagen mitunter »Gehtherapien« verschrieben bekamen, in denen sie einen aufrechten demokratischen Gang erlernen sollten.

Was diese Projekte gerade nicht anstrebten, war eine Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen oder eine kritische Auseinandersetzung mit symbolischen Formen der Abwertung. Im Gegenteil, zeitgleich mit den neuen Demokratieprogrammen starteten in den frühen 2000er

- 2 Vgl. dazu die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion »Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen«, Deutscher Bundestag Drucksache 20/15035, 20. Wahlperiode, 24.02.2025.

Jahren die auf eine neoliberale Umstrukturierung des Sozialstaats abzielenden Hartz-IV-Reformen, die nicht nur mit Leistungskürzungen für Arbeitslose – im Osten Deutschlands lag die Arbeitslosenquote in dieser Zeit bei rund 20 Prozent –, sondern auch mit einer Politik der Demütigung einhergingen. Die bildungspolitische Förderung der Liebe zur Demokratie ging einher mit der staatlichen Verachtung großer Bevölkerungsgruppen – eine Doppelmoral, die nicht unwesentlich zum späteren Aufstieg des Rechtspopulismus beigetragen haben dürfte. In den Sozialprojekten der 1990er Jahre hingegen war die soziale Frage dagegen noch sehr präsent gewesen, wurden Probleme in Bezug auf Arbeit, Armut und Anerkennung praktisch angegangen, da dies als Grundbedingung für eine erfolversprechende Gewaltprävention verstanden wurde. Eine Demokratiebildung, die materielle Fragen der Ungleichheit ausspart und die Ostdeutschen die Demokratie erklären will, ohne deren Diskriminierungs- und Demokratieerfahrungen ernst zu nehmen, droht jedoch vor allem neue Demokratieverächter:innen hervorzubringen. Dies gilt insbesondere dann, wenn der erhobene Zeigefinger der linken Hand des Staates vom Polizeiknüppel in dessen rechter Hand flankiert wird.

4 Rechtsrock im Unterricht. Zum Wandel schulpädagogischer Zugangsweisen

Im Umgang mit rechten Subkulturen kam neben sozialpädagogischen auch schulpädagogischen Ansätzen eine große Bedeutung zu. Dabei zeichnete sich, wie Till Kössler und Janosch Steuer gezeigt haben, in den 1990er Jahren eine neue »Pädagogik gegen Rechts« ab (Kössler/Steuer 2023). Bildung wurde immer mehr als Schlüssel zur Lösung der Frage nach den Ursachen der rechten Gewalt begriffen. Dadurch rückte die Schule als Ort der Auseinandersetzung in den Fokus, wobei schulische Herangehensweisen ebenfalls umstritten waren. Auch das Thema Gewalt an Schulen stand damals in den Schlagzeilen, diese wurden dabei in doppelter Weise adressiert: als Ort der Gewalt und als Medizin gegen Gewalt. Parallel zum Wandel im sozialpädagogischen Bereich zeichnete sich später also auch an den Schulen ein markanter Wandel der Zugangsweisen ab.

Zu den wichtigsten Stimmen in diesem Diskussionszusammenhang gehörte der Erziehungswissenschaftler Wilfried Schubarth, der Mitte der 1990er Jahre den einschlägigen Band *Schule, Gewalt und Rechtsextremismus* (1993) sowie das Buch *Gewalt an Schulen* (1996) herausgegeben hatte. Schubarth versuchte mit seinem Modell des »Rechtsextremismussyndroms«, Heitmeyers Modernisierungstheorie mit Adornos Arbeiten zum autoritären Charakter – in denen bereits von »Syndromen«

die Rede ist (vgl. Adorno 1973: 303ff.) – zu verbinden. Schubarth beschäftigte sich zudem intensiv mit den Verhältnissen in Ostdeutschland (vgl. Melzer/Schubarth 1993; Schubarth 1996). Er verstand die rechte Gewalt von Skinheads und Hooligans in der Spät-DDR neben anderen Ursachen auch als eine Reaktion auf die repressiven Verhältnisse im DDR-Schulsystem, das systematisch Schulverdrossenheit und Devianz hervorgebracht habe. Allerdings gab er zu bedenken, dass dies nicht allein ein Ostphänomen sei. Vielmehr konnte er empirisch aufzeigen, dass das Gewaltniveau an westdeutschen Schulen zunächst über dem Niveau an ostdeutschen Schulen lag, bevor es im Verlauf der 1990er Jahre zu einer Angleichung kam – eine Diagnose, die auch für das ehemalige West- und Ost-Berlin gilt (vgl. Schubarth 1996).

Bei Schubarth und anderen Autor:innen der 1990er Jahre zeigte sich noch der Einfluss der gesellschaftskritischen westdeutschen Pädagogik und Kriminalistik der 68er-Generation. So hatte Jürgen Zinnecker bereits in den 1970er Jahren argumentiert, dass die individuelle Gewalt der Schüler:innen nicht ohne die strukturelle Gewalt der Schule verstanden werden könne, die Schüler:innengewalt folglich als eine Reaktion auf gesellschaftliche Zwangsverhältnisse verstanden werden müsse (vgl. Reinert/Zinnecker 1978). Schüler:innengewalt wurde von dieser Forscher:innengeneration nicht nur rein negativ gesehen; die Widerständigkeit der Jugendlichen schaffe vielmehr ein Gegengewicht zu den dominanten, autoritären Gewaltverhältnissen in der Schule, das nonkonforme Verhalten des Schüler:innenkollektivs richte sich zudem gegen Vereinzelung, Leistungsdruck und das Ignorieren jugendspezifischer Bedürfnisse. An diese Kritik schlossen linke Pädagog:innen in den 1990er Jahren an, indem institutionelle Gewalt, Kriminalisierung und Stigmatisierung als gewaltbedingende Faktoren hervorgehoben wurden, was sich mit einer kritischen Perspektive auf Staat, Polizei und Medien verband (vgl. Schubarth/Melzer 1993). Zwar sollten die Grenzen zum kriminellen Verhalten klar gezogen werden, doch solle die Mitschuld von Schule und Gesellschaft nicht aus dem Blick geraten, die »durch Aussieben und Ausgrenzen zur Entstehung rechtsextremer Weltdeutungsmuster« beitragen würden (ebd.: 18). Hier wurde eine Kritik an den sich damals in Deutschland zeigenden Neoliberalisierungsprozessen formuliert, der zufolge sozialdarwinistische Weltbilder und sich vertiefende Ungleichheiten überhaupt erst die Grundlage dafür böten, dass rechte Mobilisierungen in der Bevölkerung vermehrt Anklang fänden.

Unter den Leitmotiven der Offenheit und Stigmatisierungsvermeidung ging es dieser Pädagogik darum, die Jugendlichen nicht nur als Problemfälle zu betrachten, sondern sich ihren Lebenswelten und ihren kulturellen Artikulationsweisen zuzuwenden, um im Unterricht an möglichst konkreten Beispielen eine angemessene Umgangsweise mit rechten Jugendsubkulturen zu erlernen. Dieser progressive Impuls

öffnete wiederum die Schultüren für rechte Subkulturen. So brachte das Fachjournal *Die Unterrichtspraxis* im Jahr 1993 ein Schwerpunktheft zum Umgang mit Skinheads heraus, in dem eindringlich vor »einer vorschnellen Etikettierung als ›Nazis‹ und Ewiggestrige« gewarnt wurde (Korn 1993: 17). Zwar seien die »eingefleischten Skinheads eher eine Sache für Sozialarbeiter«, doch sollen die »wunden Punkte« und die »inneren Widersprüche« inhaltlich herausgearbeitet werden, damit die Schüler:innen weniger leicht in den Bann der Skinheadkultur gezogen würden (ebd.: 17f.). Dabei wurde von der Prämisse ausgegangen, dass, wer rechtsextreme Propaganda kenne und im pädagogischen Kontext probend mit ihr umgegangen sei, sich weniger anfällig für deren Versuchungen zeige. Die Phase der schulischen Experimente mit der Skinheadkultur waren allerdings nur von relativ kurzer Dauer, stattdessen erließen viele Berliner Schulen um die Jahrtausendwende ein Verbot von sogenannten ›Springerstiefeln‹.

Die demonstrative Offenheit zeigte sich exemplarisch am Einsatz von Rechtsrock im Musikunterricht in den 1990er Jahren. Ganz geheimer erschien den Pädagog:innen der Einsatz dieser Musik zunächst jedoch nicht, weshalb sie sich erst selbst davon überzeugen mussten. Während in einem Artikel der *Unterrichtspraxis* aus dem Jahr 1993 von Erhard Korn noch darauf hingewiesen wurde, dass die entsprechenden Liedtexte nicht unbedingt zum Einsatz im Unterricht geeignet seien, plädierte Volker Mall im folgenden Beitrag bereits dafür, Songs von Bands wie Störkraft im Unterricht zu diskutieren (vgl. Mall 1993). Störkraft galten Anfang der 1990er als eine der führenden Skinheadbands, deren vermeintliche Nähe zum Neonazismus für Diskussionen sorgte. Bereits im nächsten Artikel des Heftschwerpunkts der *Unterrichtspraxis* argumentierte Anton Megerle dafür, ebenfalls die pädagogische Auseinandersetzung mit rechten Skin-Zines zu suchen und dabei auch vor gewaltverherrlichenden Musiktexten wie diesem nicht zurückzuschrecken: »Am Boden liegt das Punkschwein, ich tret noch einmal richtig rein. Na du Arsch, wie gefällt dir das? Ich bin Skin und das macht Spaß« (Megerle 1993: 23). Mit dieser Abfolge von Artikeln gewöhnt man sich also in einer der führenden pädagogischen Fachzeitschriften Schritt für Schritt an gewaltverherrlichende Musik. Um »Berührungsängste abzubauen«, half es auch, die Anfangsphase der Skinheadkultur als eine »linke Subkultur« zu verklären, wie dies 1994 in der Zeitschrift *Musik und Schule* geschah, in der daraufhin empfohlen wurde, »die Titel sehr genau zu hören, um mit den Schülern intensive Diskussionen zu führen« (Otto 1994: 204). In einem weiteren, folgerichtigen Schritt wurde dann im Jahr 1994 im Journal *Musik und Unterricht* beklagt, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsrock bisher »weder in Musikbücher integriert« sei noch »gut aufbereitetes didaktisches Material« dafür vorliege (Kuhn-Schließ 1994: 36). Am Beispiel von Störkraft sollten die Schüler:innen zunächst

»durch mehrfaches Hören der Songs den akustisch schwer verständlichen Text notieren«, um ihnen »die Möglichkeit zu geben, die Wirkung dieser Musik zumindest an sich selbst zu erfahren« (ebd.: 37, 40). Neben der erstaunlichen Offenheit für rechtsradikale Inhalte fällt auch die damit verbundene Hochschätzung der Pädagogik auf, die im Rückblick allerdings reichlich naiv erscheint. Damals jedoch hatte die Schule nicht nur den gesellschaftspolitischen Anspruch, sondern auch noch ein großes Vertrauen darauf, aktuelle rechte Propaganda durch das eigene pädagogische Wirken entkräften zu können.

Das damit verbundene, sich seinerzeit abzeichnende Problem, dass die sich mehrheitlich links verortenden Pädagog:innen zunehmend auf offen rechts auftretende Schüler:innen trafen, wurde im Jahr 1993 in der Zeitschrift *neue deutsche schule* im Schwerpunkttheft »Linke Lehrer – rechte Schüler?« debattiert. Dabei ging es auch um die damals medial kontrovers diskutierte Frage, ob die mit der 68er-Bewegung assoziierte westdeutsche Pädagogik eine Mitverantwortung am damaligen Rechtsruck der Jugend trage. Die Kritik an der 68er-Pädagogik kam einerseits aus dem konservativen Lager: So sah eine CDU-Lokalpolitikerin in der autoritären Erziehung den Grund für die Orientierungslosigkeit der Jugendlichen und forderte »die Rückbesinnung auf eine wertkonservative Erziehung« (Philipp 1993: 19). Eine Grünenpolitikerin hielt in der Zeitschrift dagegen, dass die CDU mit ihrer Asylpolitik die »Ausländerfeindlichkeit« selbst befeuert habe (Schumann 1993: 19f.). Doch auch unter westdeutschen Linken äußerte sich seit den 1980er Jahren ein Unbehagen an einer zunehmend hilflos erscheinenden antifaschistischen Pädagogik, die sich mit ihrem belehrenden Ton und der Fokussierung auf politische Defizite als unwirksam erwiesen habe. Dieser Selbstkritik zufolge dominierten in der politischen Bildung »repressiv-antifaschistische Erziehungsinhalte, moralinsaure Appelle« und »Versuche, Multikulturalität in die Köpfe einzuhämmern«, während jene Sozialarbeiter:innen, die sich in praktischer Weise um rechte Jugendliche kümmern, als »Unterstützer von Faschos« attackiert würden (Farin/Seidel-Pielen 1991: 164). Die herausgehobene Bedeutung der Pädagogik führte seinerzeit dazu, dass ihr eine besondere politische Verantwortung zugeschrieben wurde, wobei sie in den skizzierten Diskussionssträngen den einen als zu anti-autoritär und den anderen als zu autoritär erschien.

Rechte Gewalt ist noch immer ein Thema für den Schulunterricht, allerdings haben sich das damit verbundene schulische Selbstverständnis und die pädagogischen Herangehensweisen seit den 1990er Jahren grundlegend geändert. Zum einen werden Schulen und Jugendclubs gesellschaftlich nicht mehr als die primären Orte angesehen, indem der »Kampf gegen Rechts« vorangetrieben wird. Auf die Pädagogisierung der 1990er Jahre folgte in den 2000ern ein Trend zur Versicherheitlichung sowie zur Verrechtlichung, wodurch Polizei und Justiz verhältnismäßig

mehr Bedeutung zukamen (vgl. Tsoukala 2009; Wellgraf 2017). Zum anderen änderte sich auch in den Schulen die Form der pädagogischen Ansprache, auf den Appell zur Offenheit folgte die Forderung nach Abgrenzung. Dies lässt sich am gegenwärtigen Umgang mit rechter Musik im Unterricht veranschaulichen. So heißt es in einem Sammelband zu Rechtsextremismus in Schule, Unterricht und Lehrkräftebildung aus dem Jahr 2019, der auch praktische Unterrichtsvorschläge enthält, mit Blick auf den Aufstieg der AfD, dass dieses Buch Pädagog:innen dazu motivieren wolle, eine möglichst klare »Haltung zu zeigen« (Schedler et al. 2019: 2).

Im Beitrag über den schulischen Umgang mit rechter Musik treten die Unterschiede zu den 1990er Jahren deutlich hervor, was sich in diesem Fall sowohl an der Auswahl der Beispiele als auch am Verständnis solcher Musik zeigt. Es geht heute vor allem darum, mithilfe möglichst drastischer Beispiele eine moralische Verurteilung auszusprechen. Mit dem Lied »Blut muss fließen«, das in den 1920ern den Freikorps sowie der SA als Kampflied diente und im Rechtsrock der 1990er wieder aufgegriffen wurde, soll der »eliminatorische Antisemitismus in seiner schlimmsten Form« dargestellt werden; im Song »Schwarze Division« der Band Stahlgewitter durch den historischen Verweis auf eine SS-Division dem »blanken Hass« begegnet werden. Den Autor:innen geht es explizit darum, »rassismuskritisch wirksam« zu werden (Brüning 2019: 154). Allerdings stellt sich die Frage, wie wirksam eine Unterrichtsform sein kann, in der die Perspektiven der Schüler:innen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Der fehlende jugendkulturelle Bezug zeigt sich auch daran, dass die Beispiele größtenteils sehr alt sind, der neonazistische Rechtsrock der 1990er Jahre ist längst aus der Mode gekommen, selbst in rechten Kreisen werden die hier erwähnten Bands kaum noch gehört. Am Umgang mit der ehemaligen Hooliganband Kategorie C zeigen sich zudem Ressentiments gegenüber Fußball, in dem vor allem eine politische »Gefahr zu übersteigertem Nationalismus« gesehen wird (ebd.: 150). Auch hier stellt sich die Frage, ob fußballaffine Jugendliche sich von einer offen fußballfeindlichen Pädagogik überzeugen lassen, ob der darin deutlich mitschwingende Klassismus nicht vielmehr zur Herausbildung von antischulischen Haltungen beitragen wird.

Noch einen Schritt weiter geht eine Unterrichtshilfe zum Musikunterricht aus dem Jahr 2016 (vgl. Schelkes 2016). Zu den darin formulierten Zielen der schulischen »Auseinandersetzung mit aktueller politischer Musik« zähle es nicht nur, »in Songtexten gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und pauschalisierende Abwertungskonstruktionen als gemeinsames Merkmal von politischem Radikalismus erkennen« zu können. Es gehe vielmehr auch darum, dass die Schüler:innen diese Lieder »mit Blick auf ihr strafrechtliches und jugendgefährdendes Potential hin untersuchen und beurteilen und dabei einschätzen, unter welchen

Bedingungen eine Indizierung vorgenommen werden kann.« (ebd.: 1f.) Den Schüler:innen wird dabei empfohlen, in die Rolle »als Staatsanwalt« zu treten, dazu werden Auszüge aus dem Grundgesetz, dem Strafgesetzbuch und dem Jugendschutzgesetz beigelegt, mit deren Hilfe sich ein Verbot der Musik oder gar eine Inhaftierung der Bandmitglieder begründen ließe (ebd.: 3). Das Vorgehen gegen die Gruppe Landser und die aus ihr hervorgegangenen Gruppe Lunikoff-Verschörung dient dabei als Beispiel. Als Gegenmaßnahme wird abschließend das gemeinsame »Singen/Musizieren eines bekannten bzw. aktuellen Songs gegen Rechts« empfohlen (Ebd.: 12). Neben dem Song »Das ist alles von der Kunstfreiheit gedeckt« von Danger Dan, dem Sänger der zum antideutschen Lager der Antifa zählenden Gruppe Antilopen Gang, wird dafür auch das Lied »Schrei nach Liebe« von der Gruppe Die Ärzte empfohlen, in dem rechte Gewalt als Ausdruck mangelnder Intelligenz und fehlender elterlicher Fürsorge gedeutet wird. Dieser Song, der mit der Liedzeile »Du bist wirklich saudumm« beginnt, wurde in den 1990ern noch von einigen Radiostationen wegen der darin vorkommenden »Arschloch«-Rufe nicht abgespielt. Doch sollte sich genau diese vermeintliche Grenzüberschreitung bald als Ausdruck eines aufgeklärten common sense erweisen – Nazis sind Arschlöcher. Die Schüler:innen sollen rechter Musik im Unterricht also heute aus Sicht der Strafbehörden begegnen und anschließend Autoritarismusdiagnosen über »saudumme« Nazi-»Arschlöcher« vorsingen. Das beträchtliche Ausmaß an pädagogischer Bevormundung zeigt sich hier auch daran, dass die Musikinteressen der Jugendlichen im Unterricht erneut keine Rolle spielen.

Die Beispiele zum schulischen Umgang mit Rechtsrock sind befremdlich: Versuchte man sich in den 1990er Jahren mit großer pädagogischer Verve an die rechten Musikkulturen heranzumachen, so grenzt man sich seit Mitte der 2010er Jahre nun ebenso krampfhaft von ihnen ab. Es scheint, als habe die berechtigte Kritik am allzu großzügigen schulischen Umgang mit rechten Inhalten mittlerweile zu einem neuen pädagogischen Rigorismus ohne Bezug zur jugendkulturellen Alltagsrealität geführt. Am Beispiel des DDR-Staatsbürgerkundeunterrichts und der FDJ-Jugendarbeit der 1980er Jahre lässt sich zeigen, dass ein bevormundender Zugang rechte Subkulturen als kulturelle Gegenkräfte attraktiver erscheinen lässt, statt sie zu einzudämmen (vgl. Wellgraf 2026). Da rechte Parteien und Initiativen heute mittlerweile gezielt jugendkulturelle Codes verwenden, ist zu befürchten, dass sich Jugendliche vermehrt nach rechts orientieren werden.

Die Pädagogisierung und die (in diesem Beitrag nicht weiterverfolgte) Versicherheitlichung des Kampfes gegen Rechts schließen sich keineswegs gegenseitig aus, sie stehen in ihren derzeitigen Formen vielmehr gemeinsam für eine Trendwende hin zu stärker dirigistischen und

sanktionierenden Formen der Disziplinierung. Die Verbürgerlichung und Intellektualisierung des Zugangs zur Jugendfrage durch neuere Formen der Demokratiebildung und die Erosion rechtsstaatlicher Standards durch präventive und repressive Sicherheitspolitik lassen sich dabei als zwei Seiten der gleichen Medaille verstehen. Der von akademischen Bildungsaktivisten für Fußballstadien angestrebte »Safe Space« und die von der Polizei vertretene »Null Toleranz«-Strategie basieren jeweils auf moral- und sicherheitspolitischen Reinheitsvorstellungen. Der Ausschluss und die Feindmarkierung sind die symptomatischen Mechanismen einer solchen Disziplinierungsweise. Die »offene Demokratie«, die es dadurch vorgeblich zu verteidigen gelte, erweist sich aus Sicht der adressierten Jugendlichen häufig als eine geschlossene Veranstaltung. Die gegenwärtige Pädagogik gegen Rechts scheint dieses Problem eher noch zu verstärken.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1973): *Studien zum autoritären Charakter*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bock, Vero/Lucia Bruns/Christin Jänicke/Christoph Kopke/Esther Lehnert/Helene Mildenberger (Hg.) (2023): *Jugendarbeit, Polizei und rechte Jugendliche in den 1990er Jahren*, Weinheim: Beltz Juventa.
- Bringt, Friedemann/Heiko Klare (2019): »Systeme, Kontexte, Zusammenhänge. Grenzen systemischer Ansätze und notwendige Haltungsdiskurse in der Mobilen Beratung«, in: Reiner Becker/Sophie Schmitt (Hg.), *Beratung im Kontext Rechtsextremismus. Felder – Methoden – Positionen*, Frankfurt a. M.: Wochenschau, S. 317–332.
- Broder, Henryk M. (1994): *Schöne Bescherung! Unterwegs im Neuen Deutschland*, Augsburg: Ölbaum.
- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich (2005): »Projektwelten. Anatomie einer Gesellschaftsform«, *Leviathan* (33/3), S. 364–383.
- Brüning, Christina (2019): »Vom Heckerlied zum Sommermärchen – Rassismuskonstruktionen in rechter Musik im Wandel der Zeit«, in: Jan Schedler/Sabine Achour/Gabi Elverich/Annemarie Jordan (Hg.), *Rechtsextremismus in Schule, Unterricht und Lehrkräftebildung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 141–156.
- Buderus, Andreas (1998): *Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik*, Bonn: Pahl-Rugenstein.
- Bueb, Bernhard (2006): *Lob der Disziplin. Eine Streitschrift*, Berlin: Ullstein.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2023): *Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung des Programms »CIVITAS – Initiative gegen Rechtsextremismus in den Neuen Bundesländern« 2001–2003*, Berlin.

- Burschel, Friedrich/Uwe Schubert/Gerd Wiegel (Hg.) (2013): »Der Sommer ist vorbei ...«. Vom »Aufstand der Anständigen« zur »Extremismus-Klausel«. Beiträge zu 13 Jahren »Bundesprogramme gegen Rechts«, Münster: Edition Assemblage.
- CDU/CSU-Fraktion (2025): »Kleine Anfrage »Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen«, *Deutscher Bundestag Drucksache 20/15035*, 20. Wahlperiode, 24.02.2025, <https://dsriver.bundestag.de/btd/20/150/2015035.pdf> (Zugriff: 15.10.2025).
- Drieschner, Frank (1993): »Glatzenpflege auf Staatskosten«, *DIE ZEIT* 33/1993, 13.8.1993.
- Dudek, Peter (1990): »Antifaschismus. Von einer politischen Kampfformel zum erziehungstheoretischen Grundbegriff?«, *Zeitschrift für Pädagogik* (36/3), S. 353–370.
- Farin, Klaus/Eberhard Seidel-Pielen (1991): »Über die Mitverantwortung von Pädagogik und Jugendarbeit an der Rechtsorientierung Jugendlicher«, in: Christoph Butterwegge/Horst Isola (Hg.), *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland*, Berlin: CH Links, S. 157–165.
- Foucault, Michel (2006): *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Fromm, Rainer/Thomas Leif (1992): »Das Anti-Gewalt-Programm oder die Hilflosigkeit der Politik«, *Der Freitag*, 9.10.1992.
- Glaser, Michaela/Gabi Elverich (Hg.) (2008): *Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball. Erfahrungen und Perspektiven der Prävention*, Halle/Saale: Deutsches Jugendinstitut.
- Heim, Gunda/Franz Josef Krafeld/Elke Lutzeback/Gisela Schaar/Carola Storm/Wolfgang Welp (1991): »Lieber ein Skinhead als sonst nichts?« Grundsätze einer akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen, *Neue Praxis* (1991/4), S. 300–310.
- Heisig, Kirsten (2010): *Das Ende der Geduld. Konsequenz gegen jugendliche Gewalttäter*, Freiburg: Herder.
- Heitmeyer, Wilhelm (1987): *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen*, Weinheim: Juventa.
- Kirschnick, Sylke (Hg.) (1999): *Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen*, Berlin: Zentrum Demokratische Kultur.
- Klose, Bianca (2013): »... notfalls auch die ‚gebende Hand‘ beißen«. Interview«, in: Friedrich Burschel/Uwe Schubert/Gerd Wiegel (Hg.) (2013): »Der Sommer ist vorbei ...«. Vom »Aufstand der Anständigen« zur »Extremismus-Klausel«. Beiträge zu 13 Jahren »Bundesprogramme gegen Rechts«, Münster: Edition Assemblage, S. 16–28.
- Kössler, Till/Janosch Steuwer (2023): »Pädagogik gegen rechts«. Bildungs- und jugendpolitische Reaktionen auf die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre«, in: Rill Kössler/Janosch Steuwer (Hg.), *Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 230–250.
- Korn, Erhard (1993): »...wenn die Stadt vor uns zittert«. Eine

- Unterrichtseinheit über Skinheads«, *Die Unterrichtspraxis* (1993/3), S. 17–21.
- Krafeld, Franz Josef (1993): »Erfahrungen einer ›akzeptierenden Jugendarbeit‹ mit rechten Jugendcliquen«, *Gewerkschaftliche Monatshefte* (1993/4), S. 256–263.
- Kuhn-Schließ, Ortrud (1994): »Kraft, die Deutschland sauber macht ...« Rechts-Rock als Stimulans und Medium für faschistoides Gedankengut – Werbung mit Musik für eine Ideologie«, *Musik und Unterricht* (1994/29), S. 35–41.
- Laurin, Stefan/Dominik Czemeses (2000): Hauen oder Lächeln?, *Marabo* 12/2000.
- Lorenz, Matthias (2023): »Normative und strategische Herausforderungen Mobiler Beratung im Spannungsfeld Zivilgesellschaft – Institutionen – Demokratie«, in: Friedemann Bringt/Marion Mayer/Nora Warrach/Esther Lehnert (Hg.), *Beratung zu Rechtsextremismus und Demokratieförderung. Konzepte – Herausforderungen – intersektionale Perspektiven*, Weinheim: Beltz Juventa, S. 47–60.
- Mall, Volker (1993): »Rechtsrock«, *Die Unterrichtspraxis* (3), S. 18–23.
- Megerle, Anton (1993): »Tonstörung. Skin-Bands in der Bundesrepublik«, *Die Unterrichtspraxis* (1993/3), S. 23–24.
- Melzer, Wolfgang/Wilfried Schubarth (1993): »Das Rechtsextremismussyndrom bei Schülerinnen und Schülern in Ost- und Westdeutschland«, in: dies. (Hg.), *Schule, Gewalt und Rechtsextremismus*, Opladen: Leske & Budrich, S. 51–71.
- Melzer, Wolfgang/Wilfried Schubarth (Hg.) (1993): *Schule, Gewalt und Rechtsextremismus*, Opladen: Leske & Budrich.
- Möller, Kurt (1989): »Zwei Dutzend Gründe für die aktuelle Hilflosigkeit des politischen und pädagogischen Antifaschismus«, *neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik* (1989/6), S. 480–496.
- Neuß, Viktor (1998): »Faschisten werden schon akzeptiert. Von der Unmöglichkeit fortschrittlicher Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen«, *junge Welt*, 16.7.1998.
- Otto, Andreas (1994): »Rechtsextremismus und (Rock-)Musik«, *Musik und Schule* (1994/4), S. 202–205.
- Philipp, Beatrix (1993): »Rechtsextremismus. Ergebnis gescheiteter Erziehungspolitik«, *neue deutsche schule*, (Jg. 45), 9. März 1993.
- Reinert, Gerd-Bodo/Jürgen Zinnecker (Hg.) (1978): *Schüler im Schulbetrieb. Berichte und Bilder vom Lernalltag, von Lernpausen und vom Lernen in den Pausen*, Reinbek: Rowohlt.
- Rogalla, Annett (1994): »Extrawurst für Rechte zeitigt mageren Erfolg«, *taz*, 12.1.1994.
- Rommelspacher, Birgit (1993): »Männliche Gewalt und gesellschaftliche Dominanz«, in: Hans-Uwe Otto/Roland Merten (Hg.), *Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland*, Opladen: Leske & Budrich, S. 200–210.
- Schedler, Jan/Sabine Achour/Gabi Elverich/Annemarie Jordan (2019): »Rechtsextremismus und Schule: Herausforderungen, Aufgaben und

- Perspektiven«, in: Dies. (Hg.), *Rechtsextremismus in Schule, Unterricht und Lehrkräftebildung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 2–17.
- Schelkes, Dorothea (2016): »Das wird man ja wohl noch sagen dürfen«? *Unterrichtsmaterialien für eine selbständige kritische Auseinandersetzung mit aktueller politischer Musik in der Oberstufe, Zentrale Fortbildung zum Bildungsplan 2016*, Karlsruhe 2016.
- Schubarth, Wilfried (1996): »Je liberaler, desto mehr Gewalt an Schulen? Ergebnisse eines Ost-West-Vergleichs«, in: Wilfried Schubarth/Fritz-Ulrich Kolbe/Helmut Willems (Hg.), *Gewalt an Schulen. Ausmaß, Bedingungen und Prävention*, Opladen: Leske & Budrich, S. 29–47.
- Schubarth, Wilfried/Fritz-Ulrich Kolbe/Helmut Willems (Hg.) (1996): *Gewalt an Schulen. Ausmaß, Bedingungen und Prävention*, Opladen: Leske & Budrich.
- Schubarth, Wilfried/Wolfgang Melzer (Hg.) (1993): *Schule, Gewalt und Rechtsextremismus*, Leverkusen: Leske & Budrich
- Schubert, Uwe (2013): »Der kurze Sommer der Staatsantifa. Etappen der Entpolitisierung der »Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus««, in: Friedrich Burschel/Uwe Schubert/Gerd Wiegel (Hg.), »Der Sommer ist vorbei ...«. *Vom »Aufstand der Anständigen« zur »Extremismus-Klausel«*. Beiträge zu 13 Jahren »Bundesprogramme gegen Rechts«, Münster: Edition Assemblage, S. 75–91.
- Schumann, Brigitte (1993): »Verlust von welchen Werten bitte?« *neue deutsche schule* (Jg. 45), 9. März 1993.
- Seils, Christoph (2006): »Förderung der guten Absicht«, *DIE ZEIT* 48/2006, 23.11.2006.
- Shoshan, Nitzan (2016): *The Management of Hate. Nation, Affect, and the Governance of Right-Wing Extremism in Germany*, Princeton: Princeton University Press.
- Sozial Extra (2000): »Forum: Schicht am Schacht. Mai/Juni 2000, Akzeptierende Soziale Arbeit mit »rechten« und gewaltbereiten Jugendlichen: Ja oder nein, wenn ja, wie denn? – Protokoll aus einem Diskussionsforum auf der Sozial Extra-Arbeitskonferenz in Potsdam«, Mai/Juni 2000, S. 29–34.
- Tsoukala, Anastassia (2009): *Football Hooliganism in Europe. Security and Civil Liberties in the Balance*, Basingstoke: Palgrave MacMillan.
- Weber, Ilona (1999): »Chancen und Grenzen des »akzeptierenden Ansatzes« in der Jugendarbeit«, in: Sylke Kirschnick (Hg.), *Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen*, Berlin: Zentrum Demokratische Kultur, S. 13–19.
- Weidner, Jens/Rainer Kilb (Hg.) (2010): *Konfrontative Pädagogik. Konfliktbearbeitung in Sozialer Arbeit und Erziehung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wellgraf, Stefan (2026): *Staatsfeinde. Rechte Subkulturen in Ostdeutschland seit den 1970er Jahren*, Berlin: CH Links.
- Wellgraf, Stefan (2017): »Policing the Crisis. Zur Diskriminierung von Hooligans«, *Kriminologisches Journal* (49/3), S. 220–242.

Wieczorek, Michael (1993): *Wenn auf Glatzen Haare wachsen. Ein Praxisbericht aus dem Jugendclub »Wurzel« von Juni 1991 bis Juni 1993. Sachstandsbericht für die Senatsverwaltung für Jugend und Familie Berlin und das Jugendministerium in Bonn*, Berlin: Archiv der Jugendkulturen.

